

Pressemitteilung, 18. August 2011

100 Tage Grün-Rot – Gut für's Land!

Die grün-rote Landesregierung ist nun 100 Tage in Regierungsverantwortung. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg zieht ein positives Fazit und äußert Wünsche für die Zukunft.

„Die Regierungskoalition aus Grünen und SPD hat innerhalb der ersten 100 Tage viele Entscheidungen getroffen, die das Land nachhaltig verändern werden. In allen Bereichen lassen sich Vorhaben erkennen, die den sozial-ökologischen Anspruch der baden-württembergischen Landesregierung eindrucksvoll unter Beweis stellen“, stellt Jessica Messinger, Landessprecherin der Grünen Jugend Baden-Württemberg, fest.

„Obwohl die Koalitionspartner Ministerien übernehmen mussten, die sich Jahrzehnte unter den Fittichen der CDU befanden, wurden zügig viele Projekte auf den Weg gebracht. Der massive Ausbau der Windenergie, die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, die Gleichstellung von Lesben und Schwulen und nicht zuletzt die Aufhebung der Studiengebühren. Nicht nur inhaltlich hat sich einiges getan. Grün-Rot regiert das Land zudem in einem dialogorientierten Stil, der alle Menschen mitnehmen möchte. Baden-Württemberg ist auf einem guten Weg zu mehr Offenheit, mehr Bürgerbeteiligung und einer sozial-ökologischen Modernisierung“, erklärt Marcel Emmerich, Landessprecher der Grünen Jugend Baden-Württemberg.

„Die Diskussion um Stuttgart 21 trübt diese Erfolgsbilanz leider etwas. Nichtsdestotrotz eint die Regierungsparteien mehr als das sie trennt. Daher muss die Kombi-Lösung nochmal ernsthaft auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die SPD muss sich fragen lassen, ob sie an ihrer buchstäblichen Betonhaltung festhält und damit am Erfolgsmodell der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg rütteln möchte“, fügt Marcel Emmerich hinzu.

„Für die Zukunft wünschen wir uns die Einführung der anonymisierten Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Hochschulen, die Abschaffung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen sowie ein klares Nein zu jedweder Vorratsdatenspeicherung“, so Jessica Messinger abschließend.